englischen Pfund aus der Bank von England wird die Möglichkeit von Kredithergabe der Bank in etwa der dreifachen Höhe verringert.

Aber auch die Wiederherstellung der Goldwährung in Frankreich ist noch kein Allheilmittel, um den heutigen Devisenandrang abzustoppen und die vorhandene Kreditinflation zum Einschrumpfen zu bringen. Gewiß wird zunächst eine gewisse Erleichterung dadurch eintreten, daß die reinen zu spekulativem Zwecke, um von einer eventuellen Revalorisierung profitieren zu können, getätigten Devisenverkäufe nunmehr kein Feld zur Betätigung finden und zum mindesten nicht fortgesetzt werden. Zweifelhaft dagegen ist schon, ob die jetzt bestehenden Frankenkredite sich schnell durch Rückwandlung in Devisen vermindern werden und nicht zunächst weitere Anlagen suchen, teils in französischen Wertpapieren, teils auf dem französischen Warenmarkt. Letzteres ist um so wahrscheinlicher, als die französischen Warenpreise auf die Dauer ja doch nicht auf dem tief unter dem Weltmarktspreise liegenden Stand werden verharren können und sich ein allmählicher Ausgleich vollziehen muß, ein Vorgang, von dem viele Kreise profitieren möchten.

Bei dieser Situation hat Minister Tardieu nicht ganz Unrecht, wenn er davon spricht, daß sich die französische Finanzpolitik zur Zeit vor äußerst schwierigen Aufgaben befindet. Die letzten Maßnahmen der Bank von Frankreich, durch welche der Ankaufspreis fürs englische Pfund um eine Kleinigkeit heraufgesetzt wurde (und zwar von 124,02 auf 124,20, bei genauer Berechnung müßte bei Zugrundelegung des Koefizienten 5 das englische Pfund 126,10 kosten) wird in hiesigen Finanzkreisen dahin ausgelegt, daß der derzeitige Streit zwischen den Anhängern einer sofortigen Stabilisierung von denjenigen, welche den Franken weiter revalorisieren wollen, endgültig zugunsten der Stabilisatoren entschieden worden ist und man die entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen binnen Monatsfrist erwarte.

## Der Wilna-Streit vertagt

**Genf, 6. Juni.**

Der Völkerbundsrat hat in der heutigen Nachmittagssitzung nach Ablehnung eines Entschließungsentwurfs des Ratspräsidenten und eines zweiten Entschließungsentwurfs von Woldemaras in namentlicher Abstimmung eine Entschließung Chamberlains angenommen, in der lediglich erklärt wird, daß der Völkerbundsrat den Beschluß faßt, die Frage der Beziehungen zwischen Polen und Litauen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats zu setzen und den Berichterstatter, den holländischen Außenminister, beauftragt, auf der Septembertagung einen Bericht über den Stand der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen dem Rat vorzulegen.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung legte der Präsident dem Rat einen Entschließungsentwurf des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras vor. Der Entwurf des litauischen Ministerpräsidenten stellt lediglich fest, daß der Völkerbundsrat von dem Bericht des holländischen Außenministers Kenntnis nimmt und der Ansicht ist, daß die Durchführung des Ratsbeschlusses vom Dezember 1927 im Interesse des Friedens in Osteuropa uneingeschränkt in vollem Umfange in kürzester Frist erfolgen solle. Der Vorsitzende, ohne auf die Erklärung Woldemaras' einzugehen, stellte den Antrag des litauischen Ministerpräsidenten zur namentlichen Abstimmung; Woldemaras rief hierbei dem Präsidenten zu: ein derartiges Verfahren wäre nicht möglich, da der Antrag auf dem Artikel 11 des Völkerbundspaktes (Kriegsgefahr) beruhe. Der Präsident nahm jedoch die namentliche Abstimmung vor, indem er jedes einzelne Ratsmitglied fragte, ob es den Antrag Woldemaras annehme.

Sämtliche Ratsmitglieder lehnten mit Kopfschütteln den Antrag Woldemaras ab, ohne das Wort zu ergreifen. Der Präsident stellt fest, daß der Antrag des litauischen Ministerpräsidenten mit 14 gegen eine Stimme abgelehnt sei und stellt sodann sogleich den von ihm in der heutigen Vormittagssitzung eingebrachten Antrag gleichfalls zur namentlichen Abstimmung. Sämtliche Ratsmitglieder erklärten, den Antrag des Ratspräsidenten anzunehmen. Woldemaras lehnte ihn jedoch ab. Damit war der Antrag des Ratspräsidenten gleichfalls abgelehnt, da die im Rat erforderliche Einstimmigkeit nicht erzielt werden konnte.

In dieser äußerst schwierigen Situation ergriff Chamberlain das Wort und stellte fest, daß die beiden Entschließungsentwürfe infolge Mangels an Einstimmigkeit vom Völkerbundsrat abgelehnt worden seien. Er erklärt, er lege nunmehr seinerseits einen neuen dritten Entschließungsentwurf vor, für den jedoch nach den Satzungen nur eine einfache Stimmenmehrheit notwendig sei. Der Antrag lautet: „Der Völkerbundsrat beschließt, die Frage der Beziehungen zwischen Polen und Litauen auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und beauftragt den Berichterstatter, hierbei einen neuen Bericht über den Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen vorzulegen." Dieser Entschließungsentwurf wurde von sämtlichen Mitgliedern einstimmig angenommen. Der Präsident erklärte, der Bericht sei mit Mehrheit angenommen. Woldemaras rief dem Präsidenten wiederum zu, die Entschließung wäre sogar mit Einstimmigkeit angenommen. Damit sind die Verhandlungen über den polnisch-litauischen Streitfall für diese Tagung des Völkerbundsrates erledigt.

## Tschang lebt noch?

**Tokio, 6. Juni.**

Das japanische Kabinett hat beschlossen, zunächst die Nanking-Regierung als zentralchinesische Regierung noch nicht anzuerkennen. Die weiteren Beziehungen zwischen Japan und Nanking seien von den Kriegsoperationen der Nanking-Regierung in der Mandschurei abhängig. In Tsingtau sind 2000 Mann japanischer Verstärkungen eingetroffen, womit sich die Gesamtzahl der japanischen Streitkräfte in Schantung auf 17 800 erhöht.

**Der Kriegsminister teilte mit, daß das Befinden Tschangtsolins ernst sei, er sei aber noch am Leben.**

# Italien und die Mächte

## Mussolini vor dem Senat

**Rom, 6. Juni.**

Im zweiten Teil seiner großen außenpolitischen Rede kam Mussolini ausführlich auf die allgemeinen Fragen der auswärtigen Politik zu sprechen und beschäftigte sich zunächst mit den Friedensverträgen. Kein Vertrag, so führte der Ministerpräsident u. a. aus, ist ewig, denn die Welt schreitet vorwärts. Sogar der Völkerbundspakt schließt in dem Artikel, wo von der Möglichkeit von Revisionen die Rede ist, die Unveränderlichkeit der Verträge aus. Niemand kann behaupten, daß die Friedensverträge ein vollkommenes Werk sind; es sind in ihnen Bestimmungen territorialer, kolonieller, finanzieller und sozialer Art enthalten, die unter dem Gesichtspunkt von Verbesserungen erörtert werden können, um die Lebensdauer der Verträge zu verlängern. **Mussolini betonte, daß sich Europa zwischen 1935 und 1940 an einem sehr interessanten und heiklen Punkt seiner Geschichte befinden werde.** Mussolini sprach darauf in längeren Ausführungen über das Reparations- und das Schuldenproblem. Der italienische Standpunkt, so betonte Mussolini, gründete sich auf die enge Verknüpfung oder, besser gesagt, auf die wechselseitige Abhängigkeit von Reparationen und Schulden.

Mussolini ging dann auf die Frage der Abrüstung über und wies nochmals auf die italienische Auffassung in dieser Frage hin, wie sie bereits im November 1927 und im März 1928 von der italienischen Delegation auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz zum Ausdruck gebracht wurde. Sie beruht auf folgenden festgegründeten Sätzen: 1. Es besteht wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Rüstungsarten voneinander; 2. das Verhältnis der Rüstungen darf nicht auf den status quo gegründet werden; 3. die Rüstungsbegrenzungen für Italien dürfen keinen absoluten Charakter tragen, sondern müssen im Verhältnis zu der Gesamtbewaffnung der anderen Staaten stehen (Parität mit der am stärksten bewaffneten Kontinentalmacht); 4. die italienische Regierung erklärt sich bereit, als Grenze der Bewaffnung jede Ziffer, selbst die niedrigste, anzunehmen, vorausgesetzt, da diese durch keine andere europäische Kontinentalmacht überschritten wird; 5. das Verfahren der Durchführbarkeit der Rüstungsbegrenzung muß von äußerster Einfachheit sein und darf nicht die Notwendigkeit einer Kontrolle von außen her in sich schließen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Mussolini die Beschuldigungen zurück, daß der Faschismus gegen den Völkerbund feindselige Gesinnung hege oder für ihn nur wenig Sympathie übrig habe. Italien will den Frieden, aber es kann und darf nicht den notwendigen Waffenschutz seiner Einheit, seiner Unabhängigkeit, seiner Sicherheit vernachlässigen. Es darf nicht verzichten auf die moralische Erziehung der neuen militärischen Generationen. Italiens Stern steigt langsam über den Horizont, ein unbestreitbares Werk des faschistischen Regimes.

Die Kleine Entente, die aus dem Wunsch der Verteidigung der Friedensverträge entstanden ist, hat einen mehr negativen als positiven Charakter, denn der Wirkungsbereich der Entente ist klar abgegrenzt, und mit Ausnahme der Verteidigung der Friedensverträge besteht zwischen den Mitgliedern der Kleinen Entente keine weitere sehr ausgesprochene Identität der Interessen. Nachdem Mussolini dann die mit den verschiedenen Staaten der Kleinen Entente bestehenden Vertragsbeziehungen kurz aufgezählt hatte, widmete er eine eingehendere Darstellung den Beziehungen zu Jugoslawien, wobei er u. a. sagte: Seitdem der Faschismus in Italien ans Ruder gekommen ist, hat Italien gegenüber Jugoslawien eine ganz gradlinige Politik verfolgt. Ich bin der Ueberzeugung, daß zwischen zwei Staaten, die gemeinsame Grenzen haben, die Beziehungen immer einen ausgesprochenen Charakter tragen müssen, entweder den der Freundschaft oder den der Feindschaft. Italien hat sich grundsätzlich zu einer Politik der Freundschaft bekannt, hat sie gegenüber Jugoslawien betrieben und wollte ihr in dem Vertrag von 1924 die letzte Weihe geben. Dieser Vertrag wurde im Jahre 1925 durch die Nettuno-Konventionen ergänzt, die zu beiderseitiger Zufriedenheit die sehr komplizierten und wichtigen mit den Beziehungen der beiden Mächte in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten regelten. Seit drei Jahren wartet Italien auf die Ratifikation durch Jugoslawien. Man kann in der raschen und loyalen Annahme der italienischen Forderungen ein Zeichen des guten Willens sehen, von dem der Minister des Auswärtigen Marinkowitsch beseelt ist, und ebenso ein Zeichen dafür, daß er gewillt ist, die Freundschaftspolitik neu zu beleben, die Italien seinerseits ehrlich zu befolgen bestrebt ist, nicht allein im Interesse der beiden Staaten, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.

Unsere Beziehungen zu Ungarn, fuhr Mussolini fort, haben in der letzten Zeit einen besonders hohen Grad von Herzlichkeit erreicht. Ungarn, dessen ehemaliger Premierminister **Tisza den Krieg nicht gewollt** hat, hat unter den Folgen des Krieges ganz besonders hart zu leiden gehabt. Die italienische Freundschaft hat sich betätigt bei der Herbeiführung der Beendigung der Militärkontrolle in Ungarn, bei der tragikomischen Episode der Zerstörung der Maschinengewehre, in der Optantenfrage und in den Erleichterungen, die Ungarn im Hafen von Fiume eingeräumt worden sind. Ungarn kann auf die Freundschaft Italiens zählen. Ein anderer Staat, ein Balkanstaat, mit dem wir von aufrichtiger Freundschaft gekennzeichnete Beziehungen unterhalten, ist Bulgarien. Unsere Beziehungen zu Griechenland kennzeichnen sich seit langem durch die darin zum Ausdruck kommenden Gefühle der Herzlichkeit und der Zusammenarbeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein diplomatisches Aktenstück dies in kurzer Zeit besiegelt.

### Das Echo der Rede

Die Dienstagrede Mussolinis vor dem Senat hat in Berliner politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt. Der allgemeine Eindruck der Rede wird als befriedigend bezeichnet und es wird darauf hingewiesen, daß ihr Ton sich durch Vorausstellung staatspolitischer Erwägungen auszeichne. Allerdings glaubt man den Teil der Rede, der sich offensichtlich auf Südtirol bezieht und in dem Mussolini davon spricht, daß unverantwortliche Kreise in Deutschland sich in innerpolitische Angelegenheiten Italiens einmischten, nicht unerwidert lassen zu dürfen. Es wird darauf hingewiesen, daß mit dieser Südtiroler Frage, wie Mussolini bekannt sein dürfte, nicht nur unverantwortliche Kreise Deutschlands sich beschäftigen. Die italienische Regierung pflege ja auch für ihre Minderheiten amtlich einzutreten. Man brauche da nur an das Eintreten der italienischen Regierung für ihre Minderheiten in Malta, Tunis, Algier, Zypern und sonstwo zu denken.

**London, 6. Juni.**

Mussolinis Rede hat in England einen sehr guten Eindruck gemacht. In politischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß Mussolini noch niemals so nachdrücklich seine Sorge um die Erhaltung des europäischen Friedens zum Ausdruck gebracht hat, wie in seiner gestrigen Sonntagssenatsrede. Besondere Befriedigung haben naturgemäß seine Feststellungen über die italienische Freundschaft und die Herzlichkeit der Beziehungen zu Chamberlain ausgelöst, um so mehr, als sie gleichzeitig den britischen Außenminister von dem Verdacht befreiten, imperialistischen Bestrebungen des Faschismus geheime Unterstützung zu leisten. Die Hoffnung auf die Beilegung des italienisch-südslawischen Streites wird nach dieser Rede wieder stärker. Die größte Bedeutung mißt man jedoch der von Mussolini festgestellten günstigen Wandlung in den französisch-italienischen Beziehungen bei, da hierin eine der wesentlichsten Voraussetzungen nicht nur für ein italienisch-südslawisches Abkommen, sondern für den zentraleuropäischen überhaupt erblickt wird.

## Sozialdemokraten zur Verantwortung bereit

Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat auf seiner gestrigen Kölner Tagung nach mehrstündiger Aussprache folgende Entschließung gefaßt:

**„In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratie die Führung bei der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen hierfür einleite."**

Mit diesem Beschluß hat die sozialdemokratische Tagung den erwarteten Ausgang genommen. Die Reichstagsfraktion ist ermächtigt worden, die Regierungsverhandlungen einzuleiten und an der kommenden Koalition führend teilzunehmen. Die Initiative liegt nunmehr beim Reichspräsidenten. Er wird, wie bereits bekannt ist, den sozialdemokratischen Fraktionsführer Hermann Müller morgen empfangen und die Führer der anderen Fraktionen werden diesem in den nächsten Tagen zu den ersten Vorbesprechungen folgen.

## Beratungen der deutschen Volkspartei

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Mittwoch in Berlin zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kempkes zusammen. Aufgrund der Berichte der beiden bisherigen Fraktionsvorsitzenden im Reichstag und im Preußischen Landtag Dr. Scholz und Dr. v. Campe erfolgte eine eingehende Aussprache über die politische Lage. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Wahlausfall der Sozialdemokratie die Verpflichtung auferlegt, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag treten am nächsten Mittwoch zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um zu der weiteren Entwicklung der Dinge Stellung zu nehmen.

## Zur Regierungsbildung in Württemberg

**Stuttgart, 6. Juni.**

Die Besprechungen zwischen den Parteien über die Regierungsbildung haben zwar augenblicklich noch zu keinem Ergebnis geführt, es läßt sich aber doch mit mehr Bestimmtheit als bisher sagen, daß ihr Ziel die Erweiterung der bisherigen Rechtskoalition sein wird, unter Heranziehung der Deutschen Volkspartei und unter Zustimmung der Abgeordneten des christlichen Volksdienstes. Damit würde eine sichere Mehrheit von 44 gegen 30 Stimmen der Linken und sechs der Kommunisten geschaffen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß sowohl im Staatspräsidium als im Wirtschaftsministerium eine Aenderung eintreten wird, für die vielleicht die Deutsche Volkspartei in Betracht kommt, wobei unter Umständen auf eine frühere von den Parteien erwogene Lösung zurückgegriffen wird.

## Standortmeldung der Italia?

**Ein Radiomonteur in Philadelphia namens Albert Byler hörte auf Kurzwelle 42 Meter folgende Worte: „Bringt eiligst Hilfe, Standort 84 Grad 15 Minuten 10 Sekunden nördlicher Breite, 15 Grad 20 Minuten 40 Sekunden östlicher Länge. Nobile."**

**Das würde ungefähr einem Punkte 450 Kilometer nördlich von Spitzbergen entsprechen.**

## Dreimal vom Zuge überfahren

**Limburg (Lahn), 6. Juni.**

Im Emmericher Tunnel stürzte von einem in voller Fahrt befindlichen Güterzug der Zugführer ab, ohne daß der Unfall von dem Fahrpersonal bemerkt wurde. Der Unglückliche kam zwischen Tunnelwand und Schienen zu liegen, hatte jedoch die Geistesgegenwart, sich sofort flach auf den Boden zu drücken, so daß der Zug über ihn hinwegfuhr. Da er sich bei dem Sturz einen Arm- und Beinbruch zugezogen hatte, mußte er eine Stunde lang in seiner gefährlichen Lage verbleiben. Während dieser Zeit brausten noch zwei weitere Züge über den Schwerverletzten dahin. Als schließlich das Fahrpersonal des Güterzuges auf das Verschwinden des Zugführers aufmerksam wurde, und ein Beamter die Strecke absuchte, fand man den Unglücklichen in seiner Todesangst endlich auf.

## Dorfbrand bei Danzig

**Danzig, 6. Juni.**

In der Ortschaft Gischkau bei Danzig brach heute mittag ein Brand aus, der sich bei dem herrschenden Sturm rasch ausdehnte und in kurzer Zeit acht Gehöfte darunter die Mühle des Ortes, vernichtete.